

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923**

9.6.1923 (No. 131)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruhe,  
St. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 963  
und 964  
Postkonton:  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. Amen d.  
Karlsruhe.

**Verlagspreis:** In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Juni 6000 M. — Einzelnummer 250 M. — Anzeigengebühr: 160 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederbestellungen tarifferter Abgabe, der als Kassenabgabe gilt und verrechnet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Ähnliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern behandelt. Bei Abrechnung, Zwangsweiser Beiziehung und Kontofortführung fällt der Abgabe frei. Erklärungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten ist der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unersungene Drucksaßen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### \* Das Echo.

Wie nicht anders zu erwarten war, findet die neue deutsche Reparationsnote im Ausland eine günstige Beurteilung. Mit Ausnahme Frankreichs natürlich, das auch hier wieder seine eigenen Wege geht und von neuem versucht, einer endgültigen Lösung des Reparationsproblems Schwierigkeiten zu bereiten. Bemerkenswerterweise deckt sich aber auch die Auffassung, die bei den Regierungen der entscheidenden Mächte besteht, mit denen der öffentlichen Meinung. Man kann sagen, daß diesmal die Pressestimmen ein ziemlich getreues Bild der Auffassungen wiedergeben, die von den leitenden Staatsmännern selbst vertreten werden.

In England ist die Aufnahme besonders günstig. Wenn man von den Ergüssen der franzosenfreundlichen „Daily Mail“ absteht, so haben beinahe alle maßgebenden Blätter des Landes die neue deutsche Note mit Vergnügen begrüßt und ihr ausdrücklich bescheinigt, daß sie nicht nur einen großen Fortschritt an sich darstelle, sondern als Grundlage für eine Diskussion durchaus geeignet sei. Besonders beachtenswert ist eine Auslassung des dem Kabinett sehr nahestehenden „Daily Telegraph“, in der in sehr ernsthafte Weise der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß nun endlich eine gemeinsame Ausprägung stattfinden, und daß der Wiederherstellung der alliierten Einheitsfront nicht durch einseitig aufgestellte Bedingungen einer einzigen Macht — gemeint ist natürlich Frankreich — der Weg versperrt werde. England sei bereit, den Anschauungen der Alliierten die denkbar größte Rücksicht entgegenzubringen, aber man könne nicht erwarten, daß es das Sonderprogramm einer fremden Macht (Frankreichs) ohne Einschränkung unterschreibe.

Sehr erschwert wird für England die Betätigung des Willens durch die französische Forderung, Deutschland solle erst den passiven Widerstand aufgeben, bevor überhaupt verhandelt werde. Die englische öffentliche Meinung verurteilt diese Forderung als moralisch nicht gerechtfertigt und als politisch höchst unwequem. Es ist damit zu rechnen, daß bei den Besprechungen unter den Alliierten gerade diese Forderung Frankreichs sich als der bedenklichste Hemmschuh für eine Lösung des ganzen Problems erweisen wird. Andererseits darf nicht verkannt werden, daß von offiziellen Federn in Paris diese Forderung in einer Weise interpretiert wird, die vielleicht doch irgend eine Einigung erhoffen läßt. So wird neuerdings wieder berichtet, daß es nach französischer Ansicht genügen würde, wenn die deutsche Reichsregierung ihre offiziellen Verordnungen zur Aufrechterhaltung des passiven Widerstands zurückziehe.

Inanerin hat Poincaré mit bekanntem Eigensinn diese Angelegenheit zu einer Prestigefrage erhoben und man weiß, wie empfindlich der Franzose in solchen Fragen ist. Für Poincaré hat das Mandat aber noch den einen großen Vorzug, daß er hinter den Kulissen dieser Prestigefrage allerlei schädliche Sappchen rein machtpolitisch und annektonistischer Natur zusammenbrauen kann. Im übrigen weiß niemand zu sagen, ob Frankreich bereit ist, ehrlich und mit gutem Willen zu verhandeln, wenn der passive Widerstand aufhören sollte. Die Haltung der französischen Politik ist zweideutig genug, um allen möglichen Erwartungen Raum zu lassen. Was die Äußerungen in der eigentlichen Pariser Regierungspresse betrifft, so sind sie von einer abscheulichen Rücksichtslosigkeit des Tons. Es wird auch nicht der leiseste Versuch gemacht, der neuen deutschen Note gerecht zu werden und wenigstens dies oder jenes Gute an ihr anzuerkennen.

Sehr wichtig ist in diesem Augenblick die Haltung Italiens. Die italienische Presse bespricht die neue deutsche Note ebenfalls in einem durchaus günstigen Sinne. Und auch die römische Regierung scheint der neuen Note freundlich gegenüberzustehen. Aber man befürchtet in Rom eine Beeinträchtigung der speziell italienischen Finanzinteressen und proklamiert von neuem die Forderung, daß die Reparationsfrage unbedingt mit der Frage der interalliierten Schulden zusammen gelöst werden müsse. Überaus bedeutsam ist aber eine andere offizielle Äußerung, die gestern Mussolini im Senat getan hat. Er hat erklärt, daß Italien keine territorialen Verschiebungen oder Veränderungen dulden könne,

die eine politische, wirtschaftliche oder militärische Hegemonie über Europa herbeiführen würden. Das ist sehr klar und deutlich gesprochen. Und derjenige Staat, an dessen Adresse es gerichtet ist, Frankreich, wird diese Sprache wohl verstehen.

In Belgien hält sich die Presse aus begrifflichen Gründen mit ihren Urteilen sehr zurück. Wie aus den neuesten Informationen hervorgeht, ist in Brüssel faktisch durchaus keine Einigung zwischen Frankreich und Belgien erzielt worden. Belgien findet sich sonach in einer recht mißlichen Lage, gewissermaßen in einer Lage zwischen zwei Feuern. Es kann die französische Hilfe naturgemäß nicht ganz entbehren, billigt aber innerlich die französische Ruhrpolitik keineswegs und möchte auch England nicht vor den Kopf stoßen. Es bleibt als Fazit aber die Tatsache, daß Belgien einer befriedigenden Lösung der Reparationsfrage nicht entgegenarbeiten wird.

Auch in Amerika ist die Aufnahme der neuen deutschen Note freundlich. Sie wird in amtlichen Kreisen als ein deutlicher Fortschritt angesehen. Man erwirmt sich dort von neuem für den Gedanken einer Konferenz und würde allem Anschein nach bereit sein, auf Einladung an dieser Konferenz teilzunehmen.

### Politische Neuigkeiten. Die Reparationsfrage.

Paris, 8. Juni. Die neue deutsche Note hat in Frankreich die Aufnahme gefunden, die vorausgesehen war. Die Regierung hatte im Voraus als ausschlaggebendes Kriterium für ihre Beurteilung die Erfüllung der Alliiertenforderung der von ihr gestellten Vorbedingungen proklamiert, und da die deutsche Note in dieser Hinsicht negativ war, gab es für die von den amtlichen Stellen inspirierte Presse nur ein „Unannehmbar“, zumal nachdem Herr Poincaré durch seine Erklärung, keine Verhandlungen ohne vorherige Aufgabe des passiven Widerstandes, die Unterwerfung Deutschlands unter seinen Willen zu einer Angelegenheit des französischen Prestiges gemacht hatte. Die Frage ist nunmehr die, ob dieses „Unannehmbar“ tatsächlich die glatte Zurückweisung der deutschen Vorschläge oder gar deren Nichtbeachtung durch die französische Regierung bedeutet, wie dies heute morgen verschiedentlich angedeutet worden ist. Ein Beschluß nach der einen oder anderen Richtung liegt noch nicht vor. Aber es ist jedenfalls nicht ohne Bedeutung, wenn der „Antantist“ heute Abend zu melden weiß, am Quai d'Orsay sei man der Auffassung, daß kein Anlaß bestehe, die Entscheidung zu überhastigen. Bei der deutschen Note vom 2. Mai hatte Poincaré es im Gegensatz dazu bekanntlich sehr eilig gehabt.

Bemerkenswert erscheint auch die Tatsache, daß seit heute bereits ein Meinungsstausch zwischen Paris, London, Rom und Brüssel stattgefunden, und daß die Initiative dazu von französisch-belgischer Seite ausgegangen ist. Nach Meldungen aus Brüssel hat die belgische Regierung noch gestern sofort nach einer ersten Prüfung der deutschen Note der englischen Regierung ihre Einbrände mitgeteilt und eine ähnliche Mitteilung scheint heute von Paris aus in London und Rom erfolgt zu sein. Nach dem „Temps“ soll es sich dabei lediglich darum gehandelt haben, die englische und italienische Regierung offiziell davon zu informieren, daß man in Paris und Brüssel nicht in der Lage sei, die deutschen Vorschläge in Erwägung zu ziehen, da sie die Frage der Einstellung des passiven Widerstandes mit Stillschweigen übergehen. Wenn aber Herr Poincaré, der bisher die Situation als eine ausschließlich Frankreich und Belgien angehende Angelegenheit angesehen, sich zu einer solchen Mitteilung entschlossen hat, so hat er das doch wohl in der Absicht getan, die englische und italienische Regierung zu einer klaren Stellungnahme zu veranlassen. (Frankf. Ztg.)

Paris, 8. Juni. Havas teilt mit, daß die Vorkonferenz nach mehreren vergeblichen Schritten gestern einmütig beschlossen habe, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß die interalliierte Militärkontrolle in Deutschland wieder aufgenommen werden müsse. Sie werde Deutschland auffordern, alle Maßnahmen zu treffen, um diese Tätigkeit zu erleichtern und zu verhindern, daß es durch das Verhalten der deutschen Beamten oder der deutschen Bevölkerung zu Zwischenfällen komme. Eine in diesem Sinne gehaltenen Note sei bereits heute Nachmittag dem deutschen Geschäftsträger in Paris übergeben worden.

London, 8. Juni. Die Arbeiterpartei und beide liberalen Fraktionen haben einen großen Werbefeldzug für Weltfrieden und Abrüstung begonnen, der sich hauptsächlich an die Arbeiterklasse und die breiten Massen des kleinen Mittelstandes richtet. Er ist erst gestern in der nordenglischen Industriestadt Leeds mit einer Massenversammlung des Nationalfriedensrates eingeleitet worden. Der berühmte liberale Jurist Lord Farmer, heute in der Versammlung, hat das Diktat von Versailles von Grund auf umgestaltet werden müsse, bevor man den Frieden in Europa sicherstellen könne. Der Vertrag von Versailles sei im Sinne des Völkerechts gar kein Vertrag, denn er sei ohne Verhandlungen der Vertrags-

schließenden zustande gekommen; er sei dem Besiegten ausschließlich durch die Gewalt des Siegers auferlegt worden. Obwohl man im Januar ds. J. in allen Entente-Ländern bereits wußte, daß die Wirtschaftsbestimmungen des Vertrags undurchführbar seien, hätte man seinen Wortlaut als dürftigen Vorwand für den verhängnisvollsten Schritt in der modernen Geschichte, den Einbruch in das Ruhrgebiet, mißbraucht. Es bestehe kein Zweifel darüber, daß sogar der schlechte Vertrag von Versailles Frankreich nicht das normale Recht gebe, das Ruhrgebiet besetzt zu halten. Es vollziehe sich dort eine ungeheure menschliche Tragödie, gegen deren Verlauf England mit allen moralischen und geistigen Kräften ankämpfen müsse.

Der neuerdings wieder politisch stark in den Vordergrund getretene Pazifist Norman Angell, erklärte unter stürmischem Beifall, England habe seit Jahrhunderten mit Frankreich Krieg geführt, um dieses Land daran zu hindern, die vorherrschende Militärmacht in Europa zu werden. England bereite sich jetzt wiederum für diesen Kampf vor. Der englisch-französische Gegensatz sei im Begriff, dem diplomatischen Verständigungsmittel zu entweichen. Dieselben Argumente, die vor zehn Jahren verwendet wurden, um den gegen Deutschland gerichteten Bau von Schlachtschiffen zu begründen, werden jetzt von denselben Kreisen benutzt, um den Bau einer gegen Frankreich gerichteten starken Luftflotte, zu fördern. Das Ende einer solchen Luftation sei aber stets der Krieg, ein Krieg, den England selbst verschuldet hat, indem es Frankreich vor vier Jahren in Versailles seine beherrschende Stellung in Europa gesichert hat.

Paris, 8. Juni. Von unterrichteter nichtfranzösischer Seite wird bestätigt, daß die Brüsseler Besprechungen ergebnislos geblieben sind. Von einer Einigung zwischen Frankreich und Belgien sei keine Rede. Die beiden Mächte seien nach einem stellenweise lebhaften Meinungsstausch bei ihnen stark abweichenden Auffassungen geblieben, die sie vor der Brüsseler Zusammenkunft vertreten haben.

Am Quai d'Orsay äußert man sich über den Verlauf und das Resultat der Brüsseler Konferenz sehr zurückhaltend. Man warnt ausdrücklich vor den Pressemeldungen darüber und bezeichnet als einzige mit Sicherheit festzustellende Tatsache, daß in Paris, Brüssel und London ein entschiedener Wille zur Wiederannäherung konstatiert werden könne. Die Tatsache, daß in nächster Zeit eine internationale Konferenz stattfinden sollte, wird am Quai d'Orsay nicht bestritten. Man bemerkt dazu wörtlich: „Die Zeitungen, die eine solche Konferenz andeuten, hätten es etwas sehr eilig.“ Zu der Frage, was Frankreich und Belgien unter Einstellung des passiven Widerstandes verstehen, wurde am Quai d'Orsay gestern Abend erklärt, man denke dabei an eine Zurückziehung der Regierungsverordnungen. Belgien und Frankreich verlangten nichts, was dem gesunden Menschenverstand widerspreche. Sie dächten dabei z. B. nicht daran zu fordern, daß die Reichsregierung es der Bevölkerung des Ruhrgebietes zur Pflicht mache, mit den Franzosen und Belgiern zusammen zu arbeiten.

Zu der Räumungsfrage ist, wie am Quai d'Orsay betont wird, keinerlei Änderung eingetreten. Frankreich und Belgien erklären sich bereit, das Ruhrgebiet stufenweise nach Aufgabe der deutschen Zahlungen zu räumen und nur Offen bis zur völligen Bezahlung als Pfand in der Hand zu behalten. (Neue Bad. Landesztg.)

### Deutscher Reichstag.

Beginn nachmittags 2 Uhr.  
Das Haus tritt in die Besprechung der sozialdemokratischen Feuerungsinterpellation ein.

Abg. Schlad (Cent.). Aus den gezeigten Erklärungen ergibt sich, daß die Regierung der Notlage unseres Volkes nicht latentos zusehen will, die durch das Versailler Diktat verschuldet ist. Es ist aber nicht tragbar, daß einzelne Kreise der Wirtschaft aus dieser Notlage noch Vorteile ziehen. Staat und Wirtschaft müssen sich darüber klar sein, daß ein Hurgen der Preise den Anfang vom Ende des Vaterlandes bedeutet. Um das zu verhindern, muß die Wirtschaft unter Umständen selbst von ihrer Substanz etwas opfern. In dieser Zeit der größten Not müßte der Staatsbürger das letzte dem Staate geben. Die Verschwendungssucht muß durch steuerliche Maßnahmen eingedämmt, den Wucherer schärfer als bisher zu Leibe gegangen werden. Aber die Wucherer müssen auch gesellschaftlich boykottiert werden. Goldlöhne sind undurchführbar. Unser Glend wird erst aufhören, wenn Deutschland und der Welt der wahre Friede gegeben ist. Wenn die Sozialdemokratie in dieser schweren Zeit ihre Parteinteressen zurückstellt und in die Regierung eintreten würde, dann wäre damit die Lösung der schwebenden Fragen erleichtert. Lehnt die Sozialdemokratie das ab, dann hat sie das Recht der Kritik verwirkt.

Abg. Findeisen (D. Vp.): Bei den Hilfsaktionen der Reichsregierung wird leider zu wenig an den gewerblichen Mittelstand und die Kleinrentner gedacht, die ihre jurchbare Not nicht auf der Straße zur Schau tragen. Das gilt auch für den vielberaumten Kleinhandel. Von einer Wiedereinführung der Zwangswirtschaft kann keine Hilfe kommen. Wenn überall die freie Wirtschaft durchgeführt ist, werden auch die Parasiten verschwinden. Die Behauptung, die deutsche Volkspartei sei von Stränes abhängig ist unsinnig. Wer sie von denselben Sozialdemokraten verbreitet, denen man früher zu unrecht nachsagte, sie seien von Singer abhängig. Wir als wahre Volkspartei wollen dem neuen Proletariat helfen, das unter der Marktentwertung am meisten leidet.

Abg. Dr. Wienbeck (D. Natl.): In der Begründung seiner Interpellation hat der Abg. Aufhäuser leider Stroh gebrochen, denn er hat das Ergebnis der sorgfältigen Prüfung des

Wirtschaftsausschusses vomweg genommen und längst widerlegte Behauptungen vorgebracht. Wir müssen heute Schutz der Arbeit von dem Staat verlangen. Es haben die Erfahrungen mit der Prengelwirtschaft gewirkt. Bei Verhandlungen, die den Mietmarkt oder das Hausvermögen betreffen, muß die notwendige Verständigung mit diesen Wirtschaftskreisen gesucht werden. Wir protestieren gegen Aufhäufung von Kapitalisten an unserem Gläubiger. Das ist eine indirekte Sabotage unseres Ruhrkampfes (Anrede. — Abg. Sollmann (Soz.): Das ist eine Frechheit! Wo waren sie denn an der Ruhr?). Das deutsche Volk muß sich zum Kampf gegen einen geschlossenen Angriff gegen den Schandvertrag von Versailles.

Abg. Dernburg (Dem.): Unser Volk ist in dieser Stunde dem tiefsten Elend preisgegeben durch den Druck seiner Feinde. Da sollten wir uns nicht parteipolitisch zanken (Beifall). Der Feind steht im wesentlichen nicht innen, sondern außen. Die Erklärungen des Reichsarbeitsministers werden von uns gebilligt. Wir wünschen die schnellere Durchführung der angeforderten Maßnahmen und erwarten dafür auch das Verständnis der Arbeitgeber. Wir wünschen eine Vereinfachung und richtige Erhebung der Steuer. Jetzt werden von manchen industriellen Unternehmungen 33% Prozent des Personals allein mit der Steuerbearbeitung beschäftigt. Wie soll da die Produktion gesteigert werden. Die Vorschläge des Finanzministers belasten den Mittelstand zu stark. Es ist nicht wahr, daß die Arbeiter am meisten unter der Geldentwertung leiden. Der meiste Arbeiter haben jetzt 40 bis 50 Prozent des Friedenslohnes, während der gewerbliche Mittelstand bei weitem nicht in diesem Maße die Geldentwertung ausgleichen könnte (Beifall rechts und bei den Demokraten). Solange die Notenpresse nicht stillsteht, kann die Teuerung nicht aufhören. Solange wir unter dem Druck der Entente unsere Einfuhr und Ausfuhr nicht in Einklang bringen können, werden wir nicht zu gebunden Verhältnissen kommen.

Abg. Emminger (Bayr. Wp.): Unter der ungeheuren Preissteigerung leiden in erster Linie die Lohn- und Gehaltsempfänger, ganz besonders aber die deutschen Hausfrauen (Sehr richtig!). Die sozialdemokratische Interpellation ist nicht nur begründet, sondern auch berechtigt. Ein untaugliches Rezept wären künstliche Preisherabsetzungen, Rebellen und Putsch. Der Schluß der Rede des Abg. Aufhäuser Klang wie eine Einladung an die Straße (Widerpruch bei den Sozialdemokraten). In den Unruhen in Sachsen trägt auch die sachliche Regierung ein gerüttelt Maß von Schuld (Unruhe links). Die Wirkungen des Versailles Friedensbittels kann keine deutsche Regierung aus der Welt schaffen. Uns hilft nur der Grundsatz: Mehr arbeiten und weniger verkehren.

Abg. Stöder (Komm.): Die Regierung hat keine Ahnung von der Not und Erbitterung im deutschen Volk. Die ungeheure Miß- und Nachanhaftung in den großkapitalistischen Unternehmungen ist schuld an unserem Elend. Die Marktstützungsaktion ist zu einem glänzenden Geschäft für die Großindustrie geworden. Diese muß verstaatlicht werden. Um 7 Uhr wird die Weiterberatung am morgen nachmittags 1 Uhr verlegt. Außerdem kleinere Vorlagen.

## Badische Wochenrückblicke.

### Deugraspreise und Milchteuerung — Neue Erzgrubenfelder im Wiesental — Fortführung des Theaterbetriebes 1923/24 in Konstanz.

In einem der letzten Wochenrückblicke beleuchteten wir das Problem der Milchversorgung, Milchbeseitigung und Teuerung. Nun, wo die Futterkosten schon so in die Höhe getrieben sind, geben Versteigerungen von Deugras einiges zu denken, bei welchen erstaunlich hohe Preise erzielt worden sind, welche zugleich wieder auf die Futterpreise und dadurch auf den Milchpreis ihren Einfluß geltend machen werden. Bauern aus der Hardt steigerten von Ruppurer Wiesen, die Eigentum der Domäne sind, je einen Morgen mit einnahm Millionen Mark und darüber! Bisher sind noch keine solche Preise erzielt worden und es scheint richtig zu sein, wenn angenommen wird, daß die Produzenten selbst die Schuldigen solcher Preispolitik sind. Der Karlsruher „Volkstreu“ schreibt in seiner gestrigen Nummer über dieses Kapitel noch folgendes: „... Landauf und landab werden die Deugraspreise von Produzenten selbst in der unverfälschten Weise in die Höhe getrieben. Sie hoffen dabei natürlich auf eine dementsprechende Steigerung der Milchpreise, denn die Milchpreissteigerungsmaßnahme ist bekanntlich vorzüglich gesichert, sie läuft ohne Schwierigkeiten weiter. Die Gepesteten sind immer die Milchkonsumenten und in diesem Falle besonders die Kinder, die man gewissen und erbarungslos der Tuberkulose anheimfallen läßt.“

In den Wiesentäler Nachrichten wird mitgeteilt, daß man nunmehr auch begonnen hat, die alten Grubenfelder auf den Gemarkungen Uhenfeld und Wieden aufs neue auf ihr Erzvorkommen zu untersuchen, nachdem bereits bei Schönau und Rodtau bereits Arbeiten durchgeführt worden sind. Vielversprechend soll das Erzvorkommen oberhalb des neuen Turbinenhauses an der Straße Uhenfeld-Wieden sein, an welchem im Tale des Uhenbaches ein Stollen angelegt wurde, der beim Anbruch sofort Bleiglanz und Kupfererz ergab. Bis zur endgültigen Gestaltung der neuen Gesellschaft „Wiesentäler Bergwerks A.-G. Sitz Uhenfeld“ werden die Arbeiten, wie DZ. mitteilt, von Angestellten der Röhren-Badener Bergwerks-Gesellschaft Glüdauf ausgeführt.

In Verfolg der Konstanz. Bürgerausschussführung interessiert der 6. Punkt der Vorlage: Der Betrieb des Stadttheaters 1923/24. Wie in den übrigen badischen Städten ringt auch Konstanz um die Fortführung des Theaterbetriebes. Es handelt sich auch dort um die Ausgabe von Millionen zur Ermöglichung einer Weiterführung. In der längeren Debatte wurden verschiedene Bedenken geltend gemacht. Nach einem Bericht der „Konstanzer Zeitung“ war es die Not sowohl der Gemeinde selbst, als auch eines Großteils der Bürgerschaft, die man nicht ganz in Einklang mit der Ausgabe von Millionen bringen konnte. Von einzelnen Rednern wurde das „panem“ den „civibus“ vorangestellt, während andere wieder alle materiellen Bedenken dem Ideellen zurückstießen. Insbesondere wurde das Theater als Bildungsstätte für die Jugend gewürdigt. Der Jugend biete das Theater einen würdigen und reinen Genuß. Wo die Kinder im Winter, wenn der kräftigste Sport im Freien aufhört, hingeseht werden, wissen wir nicht. Sorgen wir daher dafür, daß die heranwachsende Jugend der Stätte zugeführt wird, die den Geist weckt, ihn erregt, die für die Jugend ein Quell geistiger Erbauung und vaterländischer Erhebung ist. Das seien der Gründe genug, für das Theater die Mittel zu bewilligen.“ — Des weiteren sprechen andere, daß Kulturschulen nicht preisgegeben werden sollten. Man möge auch versuchen, vom Staat einen Zuschuß für das Theater zu erhalten. Der Konstanz. Oberbürgermeister verlangte, da auch jeder Konstanz für die Theater

in Konstanz und Mannheim beiträgt, daß Konstanz ebenfalls einen Zuschuß erhält. Auch in Württemberg würden die Provinztheater vom Lande unterstützt. Wieder ein anderer Stadterordneter meinte, beim Theater sei nicht die ganze Bevölkerung von Konstanz interessiert. Es wäre daher eine Ungerechtigkeit, alle für die Mittel heranzuziehen. Die Gründung einer Theatergemeinde wäre daher ein Kompromißvorschlag, den er dem Stadtrat unterbreitet. Diejenigen Kreise, die es vermögen und interessiert sind, mögen herangezogen werden, um das Theater erhalten zu können. Ausstattungstrüde, die einen realen Wert haben, dürfen nicht verkauft werden und zum Verkauf kommen nur solche Stücke, die nicht mehr in absehbarer Zeit zur Verwendung kommen.

Schließlich erklärte in seinem Schlusswort Oberbürgermeister Dr. Roetke, daß der neue Theaterdirektor von Zeit zu Zeit Vorstellungen zu ganz billigen Preisen für Wanderbühnen geben wolle. Für Schweizerbesucher sollen entsprechende Zuschläge erfolgen.

Ein Antrag, der verlangt, für die Weiterführung des Stadttheaters 21 Millionen Mark in den Voranschlag einzustellen, wird gegen eine Minderheit angenommen.

## Badische Übersicht.

### Die soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge in Baden.

#### Tätigkeitsbericht

der Badischen Hauptfürsorgestelle für die Zeit vom 1. November 1921 bis 1. April 1923.

#### I. Organisation.

Der Aufbau der sozialen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge in Baden hat in der Berichtszeit wesentliche Änderungen nicht erfahren. Einige kleinere amtliche Fürsorgestellen sind mit benachbarten verschmolzen worden. Auf den Ausbau und die Einrichtung der örtlichen Beratungsstellen wurde von der Hauptfürsorgestelle nachdrücklich Wert gelegt, da auf deren Tätigkeit und Unterlagen sich die dem Einzelnen zukommende Fürsorge aufbaut.

Bei der Hauptfürsorgestelle sind in Einzelfällen anhängig:

a) Kriegsbeschädigte 41 051, b) Kriegshinterbliebene 29 488.

Der im Jahre 1921 gebildete Beirat hielt in der Berichtszeit zwei Vollsitzungen ab. Im Februar 1923 wurde er neu gebildet. Der Beiratsausschuß hielt wöchentlich regelmäßig Sitzungen ab, in denen die wichtigsten Fragen allgemeiner Art, sowie alle schwierigen Einzelfälle und Beschwerden behandelt wurden. Auch der Unterausschuß für Kriegsblindenfürsorge entschied monatlich in einer Sitzung über die Anliegen der notleidenden Kriegsblinden. Der Jugendausschuß für die Fürsorge der Kriegswaisen und der Kinder Kriegshinterbliebener hat in 4 Vollsitzungen über die Verwendung der Sondermittel zugunsten der Kriegswaisen und Kinder Kriegshinterbliebener grundsätzlich entschieden. Ein halbmonatlich wechselnder Arbeitsausschuß des Jugendausschusses entschied allmonatlich über Einzelfälle in der Jugendfürsorge. Zur Durchführung des Schwerbeschädigtengesetzes wurden bei den amtlichen Fürsorgestellen Mannheim, Forstheim, Karlsruhe, Freiburg, Schopfheim und Konstanz Schwerbeschädigtenabteilungen eingerichtet. Diese Dezentralisation hat sich bewährt.

Nach Aufhebung der Fürsorgestelle im Versorgungsstrafenhaus Ettlingen wurde die dieser Fürsorgestelle angegliederte Berufsberatungshauptstelle am 1. Juli 1922 zur Hauptfürsorgestelle verlegt.

#### II. Fürsorgemittel.

1. An materiellen Mitteln für das Rechnungsjahr 1922/23 standen der Hauptfürsorgestelle für die Durchführung der allgemeinen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge 155 160 000 M und für die Kinderfürsorge an Sondermitteln rund 33 574 000 M zur Verfügung. Der Hauptfürsorgestelle waren außerdem 1 850 000 M zur Verfügung gestellt mit der Bestimmung, den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zur wirtschaftlichen Stärkung Darlehen bei angemessener Rückzahlung zu gewähren.

Endlich waren zur Auszahlung der Teuerungszuschüsse gemäß Reichsgesetz über Teuerungsmassnahmen für Militärrentner vom 21. Juli 1922 (RGBl. I, S. 650) an Reichsmitteln 3 267 212 000 M verfügbar, die den amtlichen Fürsorgestellen im Rechnungsjahr 1922/23 überwiesen werden konnten.

Für die Altrentner und die dienstbeschädigten Wehrmachtangehörigen standen der Hauptfürsorgestelle für das Rechnungsjahr 1922/23 2 206 900 M und ferner aus Mittelsmitteln 1 380 000 M zur Verfügung.

Für die soziale Fürsorge der nach dem Kriegspersonenschädigungsgesetz zu versorgenden Personen kann die Hauptfürsorgestelle Aufwendungen in dem erforderlichen Maße vollziehen. Mittel sind hierfür vom Reich zwar noch nicht bereit gestellt, jedoch liegt die Zustimmung zur vorläufigen Verausgabung vor.

Der Hauptfürsorgestelle sind ferner eine Anzahl von Stiftungsstellen früherer Truppenteile zur bestimmungsmäßigen Verwendung zur Verfügung gestellt.

Es stehen weiter für Kriegsbeschädigte u. Kriegshinterbliebene Spendenmittel zur Verfügung. Als solche kommen in erster Linie die Mittel der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen und diejenigen des Badischen Heimadantes in Betracht, dessen einträgliches Vermögen, einschließlich der Lube dorffs pende rund 7 Millionen Mark beträgt. Leider fällt dieses früher anscheinliche Vermögen infolge der Geldentwertung heute nicht mehr erheblich ins Gewicht.

2. Verwaltungskosten sind aus allen diesen bisher erwähnten Summen nicht zu bestreiten. Für diese sind vom Reich, dem Land Baden und den beteiligten städtischen Selbstverwaltungskörpern besondere Mittel in Höhe von 160 699 000 Mark bereit gestellt worden, wozu auch die Verwaltungskosten für die Kinderfürsorge und für die Auszahlung und Nachprüfung der Teuerungszuschüsse beizutragen wurden.

3. Eine genaue Übersicht über die Ausgaben des Rechnungsjahres 1922/23 kann heute, da die Abrechnungen noch nicht vorliegen, nicht gegeben werden. Sie entsprechen jedoch im großen und ganzen ungefähr den unter Ziffer 1 und 2 erwähnten Voranschlagsmitteln.

Im Rechnungsjahr 1921/22 betragen die Ausgaben:

a) für Ausübung der Fürsorgetätigkeit, für Durchführung des Schwerbeschädigtengesetzes, für Berufsberatung, Berufsausbildung, Arbeitsvermittlung für Kriegsbeschädigte, sowie an Verwaltungskosten rund 14 449 000 M,

b) an Unterhaltungsaufwand für Kriegsbeschädigte 4 825 000 Mark,

c) an Unterhaltungsaufwand für Kriegshinterbliebene 4 311 000 M.

Die Aufwendungen für die Kriegshinterfürsorge betragen rund 1 973 000 M, diejenigen für Altrentner und dienstbeschädigte Wehrmachtangehörige im Rechnungsjahr 1922/23 802 162 Mark.

Die im Jahre 1922/23 verfügbaren Mittelsmittel wurden vollständig ausgedraugt.

#### III. Fürsorgetätigkeit.

Die soziale Fürsorge der Hauptfürsorgestelle erstreckt sich nicht mehr ausschließlich auf Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene. Der zu betreuende Personenkreis hat infolgedessen eine Erweiterung erfahren, als jetzt auch die Altrentner und ihre Hinterbliebenen, sowie dienstbeschädigte Wehrmachtangehörige und die nach dem Personenschädigungsgesetz, sowie die durch innere Unruhen an Leib und Leben geschädigten Personen der sozialen Fürsorge der Hauptfürsorgestelle anvertraut sind.

Die Fürsorgetätigkeit ist gegen die Vorjahre infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Lage wesentlich erschwert. Höhere Ansprüche wurden infolge der Entwertung der Mark an die Fürsorge gestellt. Weite Kreise, insbesondere aus dem Mittelstand, die bisher der Fürsorge fern standen, durch die jetzige Notlage mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln aber nicht mehr selbständig auskommen können, sind neu an die Fürsorge herangetreten.

Erschwerend wirkt hierbei der Umstand, daß die ausgedehnten Mittel mit der Entwertung der Mark nicht Schritt halten. Während die durchschnittliche Landesbevölkerung des Rechnungsjahres 1920/21 893 betrug und im Rechnungsjahr 1922 auf 1023 auf durchschnittlich 65 515 wuchs, d. h. um das 73,3-fache zunahm, sind die allgemeinen materiellen Fürsorgemittel von 9 500 000 M des Rechnungsjahres 1920/21 nur auf 165 160 000 M, d. h. also nur um das 16,3-fache erhöht worden.

Die Prüfung und Auswahl der Fürsorgefälle mußte daher von Monat zu Monat schärfer beurteilt und dadurch immer schwieriger werden, bis schließlich nur noch die Schwerkriegerbeschädigten und die linderreichen Witwen mit allgemeiner Fürsorge in Form von Geldbeiträgen beachtet werden konnten. Alle übrigen noch im Erwerbsleben stehenden konnten Beihilfen nur in ganz besonderen Ausnahmefällen erhalten. Nur so konnte den wirklich Bedürftigen wenigstens einigermaßen geholfen werden. Die Hauptfürsorgestelle hat wiederholt nach eingehender Befragung im Beirat den zuständigen Stellen hierüber Bericht erstattet und unter Hervorhebung des vollen Erstes der Lage um Bereitstellung weiterer Mittel entsprechend der Entwertung der Mark gebeten.

Die der Berufsausbildung dienenden Lehrwerkstätten der Hauptfürsorgestelle in Ettlingen wurden im allmählichen Abbau endgültig auf 30. Juli 1922 geschlossen, jedoch wurde durch Verträge mit den einzelnen Lehrwerkstätten käuflich übernehmenden Weitem, die teilweise in Ettlingen verblieben sind, dafür Sorge getragen, daß Anwärter nach wie vor bei diesen Weitem, die große Erfahrungen in der Aufschulung besitzen, ausgebildet werden können. Die Zahl der Anwärter hat jedoch ganz erheblich abgenommen.

Die Arbeitsvermittlung der Schwerbeschädigten ist im Laufe des Jahres sehr schwierig geworden, weil insbesondere in den letzten Monaten Entlassungen, sowohl bei privaten Firmen, als auch infolge Abbaus bei den staatlichen Stellen in wachsendem Umfang eingetreten sind.

Die Zahl der arbeitsfähigen stellenlosen Schwerbeschädigten schwankte in den einzelnen Monaten des Jahres 1922 zwischen 168 (Juli) und 224 (November). Der Monatsdurchschnitt beträgt demnach 187,7 oder 1,25 v. H. aller Schwerbeschädigten.

Insgesamt konnten im letzten Jahre 1146 Schwerbeschädigten auf Grund des Schwerbeschädigtengesetzes Arbeitsstellen vermittelt werden, wovon etwa die Hälfte erstmals, die übrigen Schwerbeschädigten wiederholt in Arbeitsvermittlung fanden; die Zumeisterung der Schwerbeschädigten zu den einstellungspflichtigen privaten Betrieben selbst erfolgte in der Hauptsache durch die Arbeitsämter.

Die Kündigungsbeschränkungen zugunsten Schwerbeschädigter wurden auch in der Berichtszeit im Verordnungswege aufrecht erhalten und sind jetzt durch die letzte Änderung des Schwerbeschädigtengesetzes vom 13. Dezember 1922 in das Gesetz selbst aufgenommen worden.

Früher Kündigungen erfolgten im Jahre 1922 insgesamt 55. Davon wurden zurückgenommen durch Verhandlungen 1, durch Gerichtsurteile 4. Es blieben bestehen: a) weil der Schwerbeschädigte damit einverstanden war 4, b) infolge Gerichtsurteiles ohne Entschädigung 1, c) infolge Gerichtsurteiles mit Entschädigung 6, d) weil gesetzliche Gründe vorlagen 39.

Die Zustimmung zu befristeten Kündigungen wurde in 119 Fällen beantragt. In 45 Fällen wurde die Zustimmung verweigert, in den übrigen erteilt. Der Grund der Zustimmung lag in 6 Fällen in Betriebs Einstellung, in 23 Fällen in Betriebs Einschränkung und Arbeitsmangel, in 17 Fällen in ungeeigneter Beschäftigung, in 4 Fällen in andauernder Krankheit und in 24 Fällen in groben Selbstverschulden der Schwerbeschädigten.

In 47 Fällen konnten an die Zustimmung zur Kündigung Bedingungen geknüpft werden. Trotz der nach Sachlage unvermeidbaren Zustimmung zur Kündigung konnte 27 mal die Weiterbeschäftigung bis zum Erhalt einer anderen Arbeitsstelle, 10 mal die Weiterzahlung des Lohnes bzw. Gehältes bis zur Dauer von 3 Monaten und einmal die Zahlung einer fest umgrenzten Entschädigung an den Schwerbeschädigten erreicht werden. In 9 Fällen wurde bedungen, daß sofort ein anderer Schwerbeschädigter zur Einstellung gebracht werden mußte.

Anträge von einzelnen Firmen auf vollständige Befreiung von der gesetzlichen Einstellungsspflicht wurden abgelehnt. In einigen Fällen (Weihnaherereien und Maschinenfabriken) wurde die Einstellungsspflicht durch die Beschäftigung von Kriegswitwen, denen eine Vergünstigung entweder hinsichtlich der Arbeitszeit oder der Entlohnung eingeräumt werden mußte, als erfüllt angesehen. (Schluß folgt.)

### Zur Eisenbahn-Besoldungsdienstaltersfrage.

Am Sonntag, den 3. Juni d. J. versammelten sich in Pforzheim Brauerei Wetz die Ortsgruppenvertreter des Reichsbundes deutscher Eisenbahnarbeiter und Sekretäre Landesbezirk Baden zu ihrer jährlichen Landesversammlung. Nach eingehender Beratung der Organisations- und Standesfragen wurde einstimmig folgende Entschädigung gefaßt:

„Der Hauptvorstand des Reichsbundes der Eisenbahnarbeiter und Sekretäre in Berlin wird beauftragt, endlich einmal die leidige Besoldungsdienstaltersfrage der ehemaligen badischen Eisenbahnassistenten zu einem gerechten Abschluß beim Reichsverkehrsministerium zu bringen und ihnen wieder das zu geben, was sie schon vor Erlaß der Übergangsbefoldungsvorschriften 1 1/2 Jahre lang begehren. Die Versammlung kann sich nicht vertragen, auf die Lage des Badischen Landes als Grenzland besonders hinzuweisen und ferner darauf aufmerksam zu machen, daß die Erklärung des Reichsverkehrsministeriums dem Wortlaut des § 86 des Staatsvertrages über den Übergang der Länderbahnen an das Reich widerspricht.“

# Der Badische Verkehrsverband

In diesen Tagen in Pforzheim die jährlich-ordentliche Generalversammlung ab. Ein gedrucker Tätigkeitsbericht ist erschienen, der in erschöpfender Weise eine Übersicht über die vielseitige erprobte Arbeit dieser gemeinnützigen Landesorganisation für Förderung und Sicherung des Verkehrs und für Vertretung allgemeiner Verkehrsinteressen bietet. Als wichtigste Veröffentlichungen des Verbandes sind zu erwähnen: „Der Badische Kalender“, dessen Auflage 1923 auch im Ausland sehr gute Aufnahme fand und schon Ende 1923 vergriffen war. Trotz der ungemein gestiegenen Herstellungskosten ist auch die Ausgabe des Badischen Kalenders 1924 im Angriff genommen worden. Das zu den besten Werken zählende reich illustrierte Verkehrs- und Reisebuch für Baden, bearbeitet von dem Mitglied des Vorstandes, Bürgermeister Dr. Helmut Krieger, mit zahlreichen farbigen Photographien, Stadtplänen und Wanderskizzen ausgestattet, ist zurzeit im B. Auflage erschienen. Daneben sind eine Anzahl kleinere Werkschriften wie „Das Badenland“ (im Sommer in mehreren Sprachen sowie das Badenland im Winter und ein Wegweiser für Baden mit Bergführer des Soleds, Pensionen und Sanatorien, herausgegeben und weitgehend im In- und Ausland verbreitet worden.

Im vergangenen Sommer wurden über 20 Gesellschaftsfesttage an den größeren badischen Städten nach dem mittlere und südlichen Schwarzwald sowie an den Bodenseebädern, einige Feste wurden auch in umgekehrter Richtung und im Winter nach den Winterorten gefeiert. Diese Feste erfreuten sich außerordentlicher Beliebtheit, im ganzen wurden weit über 20 000 Personen beherbergt.

Regen Anteil nahm der Verband an der Gestaltung der Eisenbahnanfrage. Die Bemühungen galten vor allem der Wiederherstellung der Schwarzwaldbahn in den internationalen Verkehr, der Förderung des Verkehrs von München nach dem Schwarzwald und Südbaden, der Einführung von weiteren direkten Zügen oder Wagen von und nach Baden-Baden, der weiteren Ausdehnung der beschleunigten Personenzüge und nicht zuletzt der Verbesserung des Schlafwagenverkehrs zwischen Baden und Berlin, der fortwährend Anlauf zu solchen Bestrebungen gab. Viele vorgeschlagene Wünsche werden erfreulicherweise teils mit Inkrafttreten des Sommerfahrplans, teils nach Wiederaufnahme des Verkehrs über Offenburg in Erfüllung gehen. Der Schlafwagenverkehr wird mit Einführung eines Schlafwagens ab Baden-Baden auch für Karlsruhe und Pforzheim eine Verbesserung erfahren, sobald der Schlafwagenausgang Frankfurt-Berlin wieder durchgeführt wird. Von dem gleichen Zeitpunkt an wird auch Mannheim nicht Heidelberg wieder besser mit Schlafwagen bedient werden können. Von Erfolg waren auch die Bemühungen zur Aufrechterhaltung der Sonntagsfahrten ab Heidelberg, Pforzheim, Offenburg und Freiburg, deren Welterhaltung gefährdet war. Die Unterbrechung des Verkehrs bei Offenburg machte die Verlegung desselben auf Umgehungsstrecken notwendig. Die Bemühungen galten der bestmöglichen Ausgestaltung dieses Umgehungsverkehrs, derart, daß möglichst alle wichtigeren Verkehrsgebiete wieder an den durchgehenden internationalen Verkehr angeschlossen werden. Dem dem Entgegenkommen der Reichsbahnverwaltung wird neben Mannheim und Karlsruhe ab 1. Juni auch die Linie über Heidelberg-Wuchsal-Pforzheim wieder mit durchgehenden Zügen über Hausach-Pforzheim-Donauwörth-Freiburg bedient werden. In diesen Tagen wird auch der direkte Personenverkehr von Mannheim nach dem Neckar (Oberried, Oppenau) auf einer neu erbauten Verbindungsstrecke zur Eröffnung kommen. Wünsche bleiben noch hinsichtlich der Einführung einer durchgehenden Verbindung von Frankfurt über Mannheim und Heidelberg-Karlsruhe-Pforzheim nach Konstanz und dem Bodensee sowie umgekehrt. Die infolge der Besetzung bei Offenburg außerhalb Bodens entstandene große Unruhe über die Zulassung und den Aufenthalt in Baden bedingte eine fortgesetzte Klärungsarbeit, wobei mit Dank der Unterstützung der seitens der Presse sowie der Direktion des Mitteleuropäischen Reisebüros Berlin gedacht wird, die fortlaufend ankommende Mitteilungen bei den Reisebüros des In- und Auslandes bekannt gab. Besonders bemühte sich der Verkehrsverband für die Aufrechterhaltung der Gültigkeit der für die unterbrochene Strecke berechneten Fahrkarten zur Fahrt über die weit längere Umgehungsstrecke ohne Nachzahlung.

Mit der Verpachtung der Eisenbahnlinie ist trotz aller Bemühungen leider auch die bisherige Vergünstigung der Verkehrsvereine zum kostenloser Ausstieg der Verkehrspläne in den Bahnhöfen verloren gegangen. Es ist zwar eine wesentliche Ermäßigung der Ausstiegspreise gelungen, doch machen die Verkehrsorganisationen nicht mit Unrecht darauf aufmerksam, daß jegliche Verkehrsverbände in erster Linie der Reichsbahnverwaltung zugute kommt, so daß deren Unterstützung durch kostenloser Ausstieg der Verkehrspläne einem Gebote der Billigkeit entspräche.

Eingehend wurde die Frage des Ausländerverkehrs behandelt, dem für Baden als Grenzland eine besondere Bedeutung zukommt. Eine Verordnung der Reichsregierung über die Einschränkung der Einreise nach Deutschland in Verbindung mit der Beschränkung des Verkehrs an der Ruhr und am Rhein hatte für das Fremdenverkehrs-Gewerbe sehr empfindliche Auswirkungen zur Folge. Wohl sind inzwischen Bestimmungen der Einreisebestimmungen eingetreten, die Verkehrsverbände mit dem Rheinland erfordert jedoch für die Fremdenplätze, Bade- und Kurorte in Baden einen weitgehenden Ausgleich sollen diese nicht wirtschaftlich schwer geschädigt werden.

Eine umfangreiche Arbeit hatte das dem Badischen Verkehrsverband angegliederte Badische Reisebüro, zentrale als Generalvertretung des Mitteleuropäischen Reisebüros mit 14 angeschlossener Reisebüros in Baden zu bewältigen. Die fortwährenden Tarifänderungen, sowie die Störungen des Güterverkehrs in Westdeutschland infolge der Besetzung brachte mannigfaltige auch eine außerordentliche Inanspruchnahme sowohl der Zentralstelle als auch der örtlichen Reisebüros mit sich. Die fortwährende ungenügende Bedienung mit Schlafwagen wurde arbeitsschwerend empfunden. Andererseits entsprachen die Einnahmen keineswegs den erhöhten Arbeitsleistungen und den außerordentlich gestiegenen Betriebskosten.

Auf Grund eines Vertrages des Mitteleuropäischen Reisebüros hat das Badische Reisebüro als Generalvertretung für Baden in Verbindung mit dem ihm angeschlossenen örtlichen Reisebüro die Veranstaltung von Extrapolisfahrten mit Schlafwagen der Reichsbahn übernommen. Es darf gehofft werden, daß dieses neue Unternehmen sich als wirksames Arbeitsmittel für den badischen Fremdenverkehr erweisen wird.

Nicht den sonstigen gemeinnützigen Vereinen und Verbänden ist auch dem Badischen Verkehrsverband infolge der derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse und der fortwährenden Wertverminderung keine Aufgabe nicht leicht gemacht. Mit erhöhter Unterstützung seitens der Mitglieder des Verbandes und der maßgebenden Stelle des Reiches und des badischen Landes und nicht zuletzt durch eigene intensive Tätigkeit wird jedoch die Durchführung des für die nächste Zeit vorgesehenen umfangreichen Arbeitsprogrammes erfüllt, zum Besten der Volkswirtschaft unseres Landes.

# Kürze Nachrichten aus Baden.

\* Nr. 26 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Gesetze: über die Main-Donau-Wasserstraße; über die Eisenbahnschuldenrückzahlung; — Verordnungen: des Ministeriums der Finanzen; die Dienstkleidungsrichtlinien für die staatlichen Forstbeamten; des Ministeriums des Innern; die staatliche Prüfung von Krankenpflegepersonen; Beiträge für die Landwirtschaftskammer; die Arzneitage.

\* Naturhistorisch-medizinischer Verein zu Heidelberg. Der Verein hat in seiner Sitzung vom 1. Juni d. J. einstimmig Herrn Geh. Hofrat Prof. Dr. Victor Goldschmidt in Heidelberg zum Ehrenmitglied und Herrn Berginspeltor Dr. Ernst Wittich in Regio zum korrespondierenden Mitglied gewählt.

DZ. Offenburg, 8. Juni. Die Ringelbäume haben bei wiederholtem Hochwasser immer wieder Veranlassung zur Verurteilung gegeben, da man sie nicht für widerstandsfähig hielt. Es wurden daher auch des öfteren umfangreicher Arbeiten an ihnen vollzogen. Gegenwärtig wird der rechtsseitige Ringelbaum bei Offenburg vom großen Teich bis zur Eisenbahnbrücke widerstandsfähiger gemacht, da man beim letzten Hochwasser einen Bruch des Damms befürchtete, wodurch das Vorflutgebiet in Gefahr gekommen wäre. Ein ansehnlicher Teil der Arbeit kann bereits als erledigt gelten.

DZ. Freiburg i. Br., 8. Juni. In einer gestern in der Festhalle abgehaltenen Kundgebung der sozialdemokratischen Partei wurde eine Entschließung angenommen, in der gegen die Interessenpolitik der deutschen Industrie protestiert und wirksame Maßnahmen der Reichsregierung zum Schutze der drei letzten Klassen gefordert werden, vor allem für die Rentner und Erwerbslosen.

DZ. Konstanz, 8. Juni. Wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik hatten sich vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten der Bürobienner Max Meager, der Schlosser Eugen Maier, der Pförtner Friedrich Steidle, der Elektromonteur Paul Wöner und der Schreiner Joseph Bergmann, sämtl. von Konstanz. Sie alle sind Mitglieder der Ortsgruppe München der nationalsozialistischen Partei. Meager hatte den Münchener Parteitag besucht und berichtet in einer Zusammenkunft den anderen Angeklagten über den Verlauf der Tagung, auch unterbreitete er ihnen Propagandamaterial usw. Das Gericht beurteilte sämtliche Angeklagten auf Grund des Art. 19 Abs. 2 des Gesetzes zum Schutze der Republik zu je drei Monaten Gefängnis und Tragung der Kosten. — Wegen Bestimmung der Reichsflagge wurde das Schöffengericht Überlingen, den 46-jährigen Ingenieur Ludwig Glöck aus Cassel, der im Juni vorigen Jahres im Seminarhof zu Meersburg gegenüber der auf Halbmaß gehaltenen badischen Flagge gekauert hatte, „Ein Glöck, daß sie den Judenlappen nicht herausgehängt haben“, zu einem Monat Gefängnis. Er legte Berufung ein, und das Urteil wurde jetzt in die sehr milde Strafe von 85 000 Mark Geldstrafe umgewandelt, weil zur Zeit der Tat das Gesetz erst zwei Tage in Kraft war.

# Aus der Landeshauptstadt.

Zur Frage des Eitlinger Tores und des Festhallenplatzes.

Aber diese Frage hat Herr Bürgermeister Schneider, wie wir kürzlich berichteten, im Architekten- und Ingenieurverein einen Vortrag gehalten, dem am 1. Juni ein Ausfrage-Abend folgte. Nach einem kurzen Rückblick über das f. B. Vorgetragene durch Herrn Bürgermeister Schneider ergriff zuerst der Vorsitzende des Vereins das Wort, Herr Prof. Dr. Ing. Dör, der darlegte, daß sich die Meinung der Sachleute des Architekten- und Ingenieurvereins im allgemeinen durchaus auf den Standpunkt der in der „Karlsruher Zeitung“ vertreten war, stellen, daß nämlich der von Bürgermeister Schneider als am besten, und einzig richtigen Platz für die Ausführung bestimmt werden solle. Herr Prof. Dr. Ing. Dör griff dann in seiner Ansprache die Stadtverwaltung an, daß sie die Eitlinger-Torfrage zu wenig folgerichtig behandelt habe. Er betont noch die künstlerisch überlegene Arbeit von Hans Schmidt dessen Entwurf nicht mehr passe. Dör hat dann den Weg gefunden, der eine Lösung der Torfrage mit der heutigen Zeit verbinde. Dör hat nicht nur die einzige, verkehrstechnisch einwandfrei gelöste Platzlösung gefunden, sondern auch zuerst die wichtige These aufgestellt, daß die Lösung eine Verbindung mit dem dem Stadtinnern so entlegenen Bahnhofs bringen müsse und daß nicht öffentliche Monumentalgebäude, sondern Geschäftsbauwerke dazu geeignet seien, hier in großem Maßstab und vornehmem Charakter der Architektur zur Geltung gebracht zu werden.

Nach unserer Ansicht ist der Entwurf Dör's auch architektonisch dem von Schmidt überlegen. Denn durch die großen Straßendurchbrechungen wäre — abgesehen von den nicht günstigen Verkehrsverhältnissen eines Zentralplatzes — die architektonische Wirkung stärker beeinträchtigt worden, als nach Zeichnungen und dem Modell im allgemeinen erwartet wird. Unsere Nachbarstadt Mannheim hat am Friedrichsplatz Erfahrungen darüber gesammelt, u. hier bietet der Bahnhofsplatz Vergleichspunkte. Immerhin liegen an diesen beiden Plätzen noch günstigere Verhältnisse als am Eitlinger Tor.

Vor allem gilt der Satz: Ein Platz teilt ein. Es galt aber gerade umgekehrt eine schon bestehende Trennung zu beseitigen und eine enge Verbindung von Südstadt und Bahnhofsviertel mit dem Stadtinnern zu schaffen. Von diesem Gesichtspunkte ist es auch absolut richtig, eine Verlegung der Beierheimer Allee überhaupt zur Diskussion zu stellen, denn dadurch trete eine neue Trennung ein. Auch hier gilt es, enger zu verbinden, was bei dem Dör'schen Projekt leicht durch eine nur für Personenverkehr einzurichtende Passage von der Lammstraße nach der bis hinter die Ausstellungshalle verlängerten Baumeisterstraße durchzuführen wäre.

Eine mit dem Projekt von Ministerialrat Dr. Dör's noch nicht gelöste Frage ist die der Ausgestaltung des Festhallenplatzes. Die Diskussion, an der sich die Herren Prof. Dr. Ing. Dör, Dr. Ing. A. Eisenlohr und Reg.-Baumeister Brunisch beteiligten, zeigte Übereinstimmung darin, daß an dem Eitlinger Tor-Entwurf von Prof. Dr. Dör's im Grundriß nichts geändert werden dürfe. Ob ein Wettbewerb für die endgültige Ausgestaltung der Fassaden ausgeschrieben sei, befürwortete Brunisch, während Dr. Ing. Eisenlohr es ablehnt. Die generelle Fassadengestaltung solle man Dr. Dör's überlassen, die Ausgestaltung der Einzelgrundrisse für die Geschäftshäuser sei dann Sache der Einzelarchitekten, die sich an die generelle Fassade zu halten haben würden.

Aber der Festhallenplatz! Die Verfolgung der Wettbewerben, wenn sie, wie das in Karlsruhe zur Regel geworden zu sein scheint, auf falscher Grundlage aufgebaut sind, zeigt sich daran, daß trotz 20 vorliegenden Entwürfen keiner eine befriedigende Lösung dieser unglückseligen Platzanlage darstellt. Ob ein Wettbewerb also noch etwas retten kann, ist sehr fraglich. Allerdings sind auch die einzelnen Unter der Stadtverwaltung trotz eifrigen Bemühens mit der Frage nicht fertig geworden, so daß eben doch ein Wettbewerb erforderlich erscheint. Grundbedingung wäre aber, daß keiner der Her-

ren, die je einen Entwurf für diesen Platz gemacht haben, ins Preisgericht kommen darf, um jede Voreingenommenheit von Preisrichtern u. von Wettbewerbsteilnehmern, die sich nach dieser Richtung auszusprechen. Sonst ist das Resultat von vornherein wieder gleich null.

Die Angelegenheit eilt. 11 Jahre sind seit dem ersten Wettbewerb verstrichen. Während an der Beierheimer von Karlsruhe allenthalben gebaut wird, liegen im Mittelpunkt der Stadt, am Eitlinger Tor, ganze Grundstücke an ausgebauten großen Verkehrsstraßen brach! Mit den Kosten, die das Wohnungsamt seit Kriegsende verursacht hat — und die sich sicherlich doch nicht bezahlt machen — hätte man mit Luxusbauten die ganzen Straßen bebauen können! Will die Stadt aber noch etwas machen, dann bald. Die Fluchtlinien am Eitlinger Tor können festgelegt werden mit Arbeitslosen. Die Beierheimer Allee, verlängerte Wilhelm- und die Baumeisterstraße ausgebaut werden. Bis die Straßen fertig sind, muß aber auch Klarheit über die Fassaden am Eitlinger Tor und die endgültige Gestaltung des beunruhigten Festhallenplatzes geschaffen sein. Hoffentlich werden für einen solchen Wettbewerb, nachdem Millionen um Millionen bisher ergebnislos hinausgeworfen wurden, Preise ausgesetzt, die der Würde der Stadt und der Würde und der Arbeit der Privatarchitekten entsprechen, und werden auch nur Privatarchitekten zugelassen!

\* Landestheater. In der zweiten Aufführung von Sternbeim's Bürger Schippel, die vorhielten stattfand, spielte Paul Gemmede an Stelle des erkrankten Herrn Paul Müller die Rolle des furchtlichen Beamten Koch. Herr Gemmede hat mit dieser seiner Leistung wieder von neuem gezeigt, ein wie trefflicher Charakteristiker er ist. In modernen Stücken hat er sich bisher als eine ganz ausgezeichnete und scharf urteilende Kraft erwiesen. Erinnert sei u. a. nur an seinen prächtigen Scholch in Bedekinds „Ergeist“.

# Buchkritik.

Herrmann v. Escholtz. Alt-Weimars Abend, C. G. V. Weimars.

Wir Deutsche wenden uns in der heutigen Zeit unseres Unglücks gern zurück in jene Periode, in der deutsche Kultur einen Höhepunkt hatte, wir vertieft und verlieren uns gern aus den Sorgen des Heute in die glückliche Größe der Goethezeit, wir stärken und erfrischen uns gern in der Sonne Weimars. Und so kommt uns das vorliegende Werk entgegen und wir bewillkommen es als einen intimen Gruß aus der großen verlebten Zeit; es stellt eine Vereinerung des Schones von Werken dar, die in jene Zeit hineinschaut, uns die Personen jener Zeit lebendig vor Augen stellen. Für alle Goetheforscher und Goethefreunde ist es ein unentbehrliches wertvolles Quellenbuch. Es zeigt nicht zu sehr die großen Stellungen und Wendungen des Geistes, als es uns dieselben im täglichen Leben macht, in ihrer individuell-menschlichen Art zu sein nahe bringt; und es sind vielfach gerade solche kleinen Dinge, die ein großes Licht auf Wesen u. Charakter der Persönlichkeiten werfen. Das Werk besteht wesentlich, neben einem verbindenden erzählenden Text, aus der Korrespondenz der Mutter Henriette v. G. und ihrer Töchtern Arie und Julie, den beiden Hofdamen in Weimar. Abgesehen nun davon, daß sie gelegentlich der Berichte Richter fallen sehen auf Goethe, den Großherzog Carl August, dessen Gemahlin Luise und deren Sohn nebst Gemahlin Maria Paulona, die Mutter des Großherzogs Carl Alexander und der späteren Kaiserin Augusta, der Mutter unserer Großherzogin Luise, dann auf den Kanzler Müller, den Gb. Rat Meier, Knebel, Erdmann und viele andere Personen des Goethekreises, so daß wir erzählen hören von Menschen, die wir schon kennen und hier noch in manchem genauer kennen lernen — abgesehen davon ist der Briefwechsel um der Personen selbst, die ihn führen, höchst interessant; wir lernen zunehmend 3 Persönlichkeiten deutlichster entwickelter Prägung kennen, für die wir uns im Lauf der Lektüre mehr und mehr interessieren, wie für die Geliebten eines psychologischen Romans. Da ist die höchst ehrenwerte und viel bereicherte Mutter Henriette, in deren Briefen die mütterliche Fürsorge und Vorforge vorwaltet, vielfach verklärt durch eine Dosis von praktisch-nützlicher Mahnung gegenüber dem unpraktischen Idealismus der jüngeren Tochter Julie, einem hochbegabten, körperlich und seelisch ausgezeichneten Wesen, das seinen Schwerpunkt in der Ausübung der bildenden Kunst als Malerin findet, deren Beruf sie nach Dresden, Düsseldorf, Holland, England und vor allem nach Rom und Sorrent führt, von wo sie die interessantesten Reiseberichte liefert, deren Bild nur beeinträchtigt wird von einer gewissen Beigabe von freilich berechtigter, Eitelkeit; und dieser praktisch-realistischen Gestalt der Mutter und der ästhetischen Künstlerin Julianens wieder steht gegenüber die ethisch gewekte, bescheidene, hingebende, aufopferungsvolle, durchaus lebenswerte Hofdame Caroline. Es ist sehr interessant, die Schicksale dieser Frauengestalten zu verfolgen von den tastenden Anfängen über Höhepunkte des Glücks bis zum Abflinken in Sorgen, Leiden und Tod. So ist die Lektüre dieses Buches zu empfehlen nicht nur mit Rücksicht auf den Gegenstand Goethe-Weimar, sondern auch aus allgemein menschlichen Gründen; es wird immer interessanter, je mehr wir uns hineinleben, je mehr sich die Charaktere in ihrer eigenartigen Bestimmtheit entwickeln. Viele reiche Bilder, u. a. von Tischbein, erhöhen den Wert des Buches, in dem wir einen dankenswerten Beitrag zur Kenntnis Alt-Weimars erblicken.

# Literarische Neuerscheinungen.

Herrmann Wagner: Die heimliche Insel. Roman. (Verlag Gebr. Enoch, Hamburg.) — Ein genialer Gentleman-Verbrecher und ein bläherter Milliardär tauschen auf ein Jahr ihre Rollen! Diese in unnachahmlich scharf pointierten Dialogen und aufregenden Szenen reiche Entwicklung hat der Dichter zu einem Werk von literarischen Qualitäten ausgestaltet. Der Rollenwechsel geschieht im Grunde um ein Weib, das der Amerikaner auf seine heimliche Insel entführt. Dort wird er jedoch selbst von seinem rivalen festgehalten, und in selten erreichter dramatischer Wucht schließt der Roman.

Herrmann Wagner: Der Unheimliche. Roman. (Verlag Gebr. Enoch, Hamburg.) — Das Werk ist, was Phantastik, Handlung und Darstellung betrifft, wohl eines der interessantesten aus den letzten Jahren. Der Inhalt einer Privatirrenanstalt bricht aus und weiß im Gevort der nahen Großstadt unterzutauchen. Er entpuppt sich als ehemals reicher Fabrikant, der von seiner Familie entmündigt und gefangen gesetzt wurde. Nachdem ihm die Flucht gelungen, kennt er nur das eine Ziel: Rache zu nehmen an denen, die sein arbeitsames Leben zerstört. So schreitet die immer spannendere Handlung zum dramatischen Ende, das wir fiebernd miterleben.

Paul Rosenhahn: Cascaopol. Kriminalroman. (Verlag Ernst Reil's Nachfolger (August Scherl) G. m. b. H., Leipzig.) — Das Buch trägt als Detektivroman das Charakteristikum der Spannung. Es birgt aber auch einen Stimmungseffekt, den man sonst in einem solchen Roman nicht vermutet und der vom Können Rosenhahns bestes Zeugnis gibt.

# Freie Aussprache.

Die vorstehenden unter dieser, vom Obigen redaktionellen Teil abgetrennten Sonntagsausgaben sind Darlegungen und Anregungen aus allen Parteien, um auf diese Weise eine freie Aussprache zu ermöglichen. Selbstverständlich können die Redaktionen nicht für die Vollständigkeit der Darlegungen verantwortlich sein.

## Historisch oder Philosophisch?

(Eine Grundfrage der Bildung.)

Von Dr. Erich Walter Duffson, Billingen.

Das wissenschaftliche Lebensprinzip des XIX. Jahrhunderts war naturwissenschaftlich und geisteswissenschaftlich die Analyse. Mit ihr wurden schon vorhandene gefühlsmäßige Ahnungen systematisch und methodisch geprüft, rückwärts verfolgt und wissenschaftlich bejaht oder verneint. Zur Analyse kam als logische Ergänzungsforderung die Kausalität, der auf natürlichen Gesetzen beruhende ursächliche Zusammenhang. Die Methode kausaler Analyse hat als Entwicklungsgebilde unvergleichliche positive Resultate gezeitigt, hat sich in allen Zweigen der Wissenschaft durchgesetzt und hat in immer weiteren konfuzitorischen Kreisen selbst das breite Volk als Liberalismus und als Marxismus erobert. Nächste den Universitäten stellen sich, wenn auch um ein bis zwei Generationen später, die höheren Schulen als Übermittler geistesgerichteter Kultur ebenfalls allmählich auf die kausal-analytische Methodik ein. Aber in der Enge eigenjüngig veralteter Schultradition wurde aus der jungen, zarten Pflanze ein gar wunderliches Gewächs, das zu verdorren drohte. In Sprachen, Geschichte, ja selbst Naturwissenschaften verließ man die mechanische Anfertigung zusammenhangsloser, innerlich unverständlicher Zusammenhänge, und vom neuen Prinzip nahm man nur die ganz äußerliche Rückwärtsrichtung des geistigen Auges, höchst selten aber die kausal-analytische Erkenntnisweise an. Wege von neuen Erkenntnissen, von rastloser Wissenschaft an das Licht gehoben, sollten zwar berodnungsgemäß der Jugend vermittelt werden, aber sie fielen durch das Medium einer elastizitätsarmen Schule in chaotische Zusammenhänge auseinander und waren von der Stunde an tote, überlebende Wissen und steriler Ballast. Ja selbst eine genetisch angeordnete Wissensübermittlung ist immer einseitig in die Vergangenheit gerichtet. Auch sie ist historisch.

Während die Hochschulen in der spekulativen Philosophie einen geistbefriedigenden Gegenpol gegen die übrigen, meist auf die Vergangenheit gerichteten Disziplinen zu bieten vermochten, wurde die höhere Schule von dem Vorhistorismus ganz in seinen Bann gezogen. Unter Ausschaltung des inneren jugendlichen Menschen wurden in ferner und fernster Vergangenheit ruhende Fakta mit einer blutarmen Objektivität — kausal, öfters nichtkausal — vorgelesen und mit überlegener Gebärde abgelesen. Der Gelehrtentyp ist das Vorbild dieses nur rezeptiv-memotechnisch gerichteten Historismus. Aber dieser Typ ist wie sein Nachfolger, der Beamtentyp, schon seit zwei Jahrzehnten nicht mehr das Ideal unserer von Kulturproblemen durchzitterten Gegenwart. Unsere Zeit verlangt von der höheren Schule vielmehr einen Abiturienten, der nicht mehr nur einseitig auf die Vergangenheit, sondern weit mehr auf Gegenwart und Zukunft blickt. Der tatsächliche Ertrag etwaiger philosophischer Schullektüre aber kann für den Einzelschüler bei einer sonst allgemein historisch-jünglichen Einstellung nur sehr dürftig ausfallen und wird schwerlich philosophische, d. i. urteilende Fähigkeiten erwecken.

„Wissen ist Macht“, ist in der herkömmlichen Anwendung ein fragwürdiges Schlagwort zur Deckung des Historismus. Es gilt im üblichen Sinn nur mit ganz fundamentalen Einschränkungen. Das Wissen, namentlich das historische Schulwissen, ist an sich machtlos. — Es wird erst zur Macht, wenn es in dem jungen Individuum die Fäden einer Lebens- und Weltanschauung entzündet, die nicht beim ersten Lüftchen des Gegenwartsebens erlischt. Untrügeliche Zeichen deuten darauf hin, daß der kritischbegabte Mensch des XX. Jahrhunderts sich entscheidet, nicht mehr in historischer Spezialforschung das

Höchste zu sehen. Er will vielmehr die fast unübersehbar gewordenen Einzelergebnisse der Wissenschaft mittels subjektiver Auswahl und individueller Deutung in persönlicher machtvoller Geistesleistung zusammenfassen. Auf objektiver Basis eine eigenständige Stellungnahme. Ist dieser Anforderung die bisher ganz vorwiegend historische Geistesbildung gewachsen?

Die Antithese „Historisch-Philosophisch“ läßt sich verdeutlichen mit „rezeptiv-produktiv“. Alles rezeptiv gewordene Wissen ist unbedingt tot, falls ihm nicht produktiv-geistige Verarbeitung folgt. Diese aber setzt ein subjektives Urteil zu allem gelerntem Wissen voraus, und dieses Urteil wieder muß dem an sich nicht urteilsfähigen jungen Menschen an geeigneten Stoffen anezogen werden. Geht das? Die höheren Lehranstalten als grundlegende Bildungseinrichtungen müssen in rechtzeitiger Erkenntnis des herausgehenden synthetischen Bildungsziels, das von wirtschaftlichen oder politischen Konjunkturen durchaus unabhängig ist, führend voranschreiten. Sie dürfen sich nicht erst wieder nach Jahrzehnten vom Leben nachgeren lassen. Die Stoffbetachtung und Unterrichtsverteilung muß grundsätzlich von einem den jungen Geist leitenden Historismus ablassen und dafür den jungen Menschen urteilend und weiterdenkend den Stoff gegenüberstellen. Die lehrende Betrachtung darf nicht mehr nur das objektive „Woher?“, sondern sie muß auch das subjektive „Wo hin?“ kennen. Die Reaktion auf den Stoff wird je nach der geistig-sittlichen Veranlagung und nach der häuslich-wirtschaftlichen Umgebung des Schülers verschieden ausfallen. Aber immerhin wäre endlich eine lebendige geistige Beziehung von Subjekt zum Objekt hergestellt. Damit ist die Grundlage zum interessierten Erfassen und zum kritischen Durchdenken gelegt. Dieses Nachdenken dann zum geistig tiefgründenden Erlebnis zu steigern, ist die heiligste Pflicht des Jugendführers. Das Wie des Lernens ist die brennende Frage. Umfang und Maß des zu Lernenden ergibt sich von selbst aus der Verantwortung des Wie. Ragt doch sogar in unsere Tage noch als gegenwartswidrige Institution die Herbartische Lernschule in der Staatsdogmatischen Auffassung herein. Und eine nur rezeptiv-passive der Jugend ist, von dem Arbeitserfolg einzelner bahnbrechender neuer Bildung abgesehen, landauf, landab leider noch immer gang und gäbe.

Die moderne Menschheit schüttelt enttäuscht das Haupt. Sie und ihre Jugend dürstet nach einem neuen Schulgeist — wenn auch zunächst noch selbst in den alten Formen — nicht mehr Anhäufung toten Wissens, nicht mehr Passivität des Schülers, nicht mehr Historismus des Lehrers, sondern Erzeugung stoffmeisternden, kritischen Geistes, Aktivität des Schülers, Urteil ausübende Tätigkeit des Lehrers! Denn nicht der unpersonlichen, historistischen Analyse, sondern der persönlichen philosophischen Synthese gehört das XX. Jahrhundert.

In nur alleräußerlicher Weise hat das Schulschiff mit seiner ungezügelmäßig kompakten Besatzung diesem neuen Geistesleben — ich meine kulturschöpferische Geistesleben — Rechnung getragen. Statt eines Wimpels hat es jetzt wohl deren zwei oder drei, der Kurs aber ist der alte geblieben. Trotz aller trübten Erfahrungen sollen auch da wieder Organisation und Instruktion eine innengeborene, geistige Umstellung erfassen können. So wird denn auch die institutionelle „Gabelung“ den ersehnten neuen Schulgeist nicht herbeizubringen können, weil sie praktisch meist nichts anderes sein wird als — deprimierter Historismus.

Der urteilsfähige Vollmensch mit selbstarbeiteter Welt- und Lebensanschauung ist das neue Bildungsziel. Der neue Mensch stellt sich gleichsam in zweiter Renaissance als urteilenden Geist in das Kulturleben, ein Herz, nicht ein Knecht. Er erschlägt mit urkräftiger Wucht, inhaltslos gewordene Formen, die Autorität verlegt er in seine eigene Brust, die Tradition achtet er nur, soweit sie sich im Glühfeuer geistiger Kritik bewährt. Bildungsziele gehen und kommen im unaufhaltsamen Wellenschlag des Kulturfortschritts. Die höhere Schule als Trägerin geistiger Kultur muß deshalb heraus aus ihrer lebensfremden Isolierung. Ihr Leben muß ein

Stück unseres Gegenwartsebens werden. Sie muß sich durch freudige Aufnahme neuer Kulturideen entschlossen und elastisch in das Gegenwartseben hineinwagen, um unsere Jugend nicht für die Vergangenheit, sondern für die Zukunft zu bilden. Ist es denn nicht so, daß unsere Knaben und Mädchen, entgegen ihrem inneren Trieb, durch einen extremen Historismus fast ausschließlich auf vergangene, überholte oder schon längst assimilierte Kulturgebilde verwiesen wurden? Hat nicht dadurch der jugendliche Geist nur rückwärts, nicht vorwärts, nur rezeptiv, nicht produktiv, nur passiv, nicht aktiv arbeiten gelernt? Neue Ideen, neue Bahnen. Auf den ausgetretenen Wegen des Historismus wird man dem neuen Bildungsziel nicht näherkommen. Will aber die höhere Schule eine echte Kulturschule sein, dann schau sie nicht, wie fatalisiert, analysierend rückwärts, sondern sie blicke suchenden Auges auch vorwärts und aufwärts. Das neue Geistesleben wird die historische Schule, ihr Demnis, mag diese sich noch so sehr sträuben, eines Tages mit sich reißen. Denn vorwärts eilende Ströme der Kultur spalten auch der hartnäckigsten Tradition.

## Staatsanzeiger.

### Bekanntmachungs.

Die Reimbachbrücke auf Gemarkung Brühl, hier das Enteignungsverfahren betr.

Das Staatsministerium hat mit Entschließung vom 14. Mai 1923 Nr. 7403 ausgesprochen, daß der zur Errichtung eines öffentlichen Weges beanspruchte Teil des Grundstücks Lagerbuch Nr. 2148 (Gemarkung Ketsch) in Größe von 4 a 1 qm an die Gemeinde Brühl gegen vorherige Entschädigung abzutreten ist.

Karlsruhe, den 6. Juni 1923.

Der Minister des Innern.

J. A. Dr. A. Jung.

## Personeller Teil.

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

### Ernannt:

Notenmeister Hugo Schmitt in Konstanz zum planmäßigen Polizeiwachmeister, Amtsgehilfe Adam Schmiedler beim Bezirksamt Waldshut zum Hausmeister.

### Zurückgesetzt auf Ansuchen:

Betriebsassistent Josef Hubner beim Stat. Landesamt.

### Zurückgesetzt:

Polizeiwachmeister Jakob Nied in Pforzheim.

### Justizministerium.

### Befördert:

Justizinspektor Karl Sölling beim Landgericht Offenburg zum Amtsgericht dafelbst; die Justizobersekretäre Ernst Gass beim Amtsgericht Offenburg zum Landgericht dafelbst und Friedrich Winkler beim Amtsgericht Mannheim zum Amtsgericht dafelbst.

### Zurückgesetzt auf Ansuchen:

Inspektor Christian Bangert beim Amtsgefängnis I Karlsruhe.

### Ministerium des Kultus und Unterrichts.

### Ernannt:

Hauptlehrer Konrad Schmitt in Heidelberg zum Reallehrer am Gymnasium dafelbst.

**Badisches Landestheater.**  
Sonntag, 10. Juni. 6 $\frac{1}{2}$ , 8 $\frac{1}{2}$  Uhr. Sp. I 9000 M.  
Gastspiel des Kammersängers Jan van Gorkom als  
Georg Germont.

### Violetta (La Traviata).

Montag, 11. Juni, 8 Uhr, Eintracht

### Sonaten-Abend

Ottomar Voigt — Julius Bürger

(Violine) (Klavier)

unter Mitwirkung der Sopranistin

Olga Bürger-Fechner. B. 521

Beethoven: Violinsonate Es-dur; Dvorak: Zigeuner-

melodien; Brahms: Violinsonate D-moll.

Karten zu 4000, 3000, 2000, und 1500 M. ein-

schl. Steuer (für Mitglieder der Theatergemeinde

ermäßigt in deren Geschäftsstelle) bei

Kurt Neufeldt, Waldstr. 39.

### Für Wandern und Reisen!

## Die Baar

Land, Leute, Kultur

Mit vielen Abbild. (Sonderband „Badische Heimat“)

Aus dem Inhalt: Die Bevölkerung — Die

Römer in der Baar — Kunstpflege in alter Zeit —

Musikpflege in Donaueschingen — Die Klöster —

Kunsthandwerk in Billingen — Städtische Alter-

tumsammlung in Billingen — Bräunlingen —

Löffingen — Bibliographie der Baar.

Grundpreis brosch. 2 M., geb. 3 M.

## Das Freiburger Münster

Seine Bau- und Kunstpflege

Von Münsterbaumeister Fr. Kempf.

Mit vielen zum Teil ganzseitigen Abbildungen

(Sonderband „Badische Heimat“)

Grundpreis geb. 3 M.

Grundpreis X Schlüsselwahl (s. Z. 4200) = Papiermarkpreis

Verlag G. Braun in Karlsruhe, Karlsfriedrichstr. 14

ZWECKMÄSSIGE UND SPARSAME HAARPFLEGE

SCHAUMENDES

# AUXOLIN

KOPF- & HAARWASCH-PULVER

F. WOLFF & SOHN

KARLSRUHE

## Neu-Eröffnung!

# Schuhhaus Weber

Teleph. 5671 Kammsstraße 12 Teleph. 5671

Ständiges reibsortiertes Lager feiner solider Schuhwaren

**Nadelnlangholzverkauf**  
Das Forstamt Gerrenwies in Forbach (Baden) verkauft freihändig gegen Barzahlung innerhalb eines Monats 2300 Nm. Stämme und Abschnitte I.-III. Kl. und 2400 Nm. Stämme IV.-VI. Kl. Angebote sind bis Donnerstag, den 21. Juni d. J. einzureichen. Nähere Auskunft und Losverzeichnisse durch das Forstamt.

**Tarifserhöhung.**  
Vom Sonntag, den 10. Juni 1923 ab werden infolge Erhöhung der Fahrpreise bei der Stadt. Straßenbahn Karlsruhe auch die Fahrpreise im Gemeindefahrverkehr Albtalbahn-Stadt. Straßenbahn Karlsruhe erhöht. Auskunft erteilt unter Verkehrsamt. Karlsruhe, 8. Juni 1923. Bad. Lokal-Eisenbahnen H. G. B. 537.

**Papierholzverkauf.**  
Das Bad. Forstamt St. Mästen verkauft freihändig gegen Barzahlung innerhalb 4 Wochen folgenden Papierholz: 503 Ster I. Kl. entr., 641 Ster II. Kl. entr. und 376 Ster III. Kl. mit Rinde. Angebote werden bis zum 18. Juni 1923 vom Forstamt angenommen, das den Liebhabern Losverzeichnisse ausstellt. B. 512.

Meine Geschäftsräume befinden sich jetzt

## Friedrichsplatz 10

(früher Bankhaus Ellern) B. 535

## Otto Lampson

Büro-Einrichtungen

Gen.-Vertreter der Fabrik „Fortschritt“ u. der Torpedo-Schreibmasch.

Dr. med. ULLMANN

Facharzt für Kinderkrankheiten

verzogen nach

AKADEMIESTRASSE 51, I. STOCK

zwischen Karlstraße und Douglasstraße B. 534

**Bürgermeister-Stelle.**  
Infolge Ablauf d. Amtszeit ist die Stelle des Bürgermeisters der Stadtgemeinde Schwellingen auf eine weitere Wahlperiode zu besetzen. Bewerbungen wollen bis längstens 18. Juni 1923 eingereicht werden an Gemeinderat Schwellingen.

**Ratsschreiber-Stelle.**  
Die hiesige I. Ratsschreiberstelle ist alsbald zu besetzen. Im Verwaltungs- und Grundbuchdienst erfahrene tüchtige Bewerber wollen sich unter Vorlage ihres Lebenslaufs und ihrer Zeugnisse, sowie unter Angabe ihrer Gehaltsansprüche bis spätestens 15. Juni d. J. melden. B. 531

**Bekanntmachung.**  
Bei der Stadtkasse Holtenheim ist die Stelle eines

**Buchhalters**  
alsbald zu besetzen. Bewerber, die in der kameralistischen Buchhaltung und im Gemeindebuchhaltungswesen erfahren sind, wollen sich alsbald unter Vorlage ihrer Ausbildung und der bisherigen Beschäftigung schriftlich melden. Anstellung nach Gruppe VII der Ver.-Ordnung. Hohenheim, 6. Juni 1923. Der Bürgermeister: Müller.